

Das Martyrium der kleinen Nathalie

Versagen der Behörden Die Kinderpsychiatrie Baselland hält Pädophilie-Vorwürfe über Wochen zurück, während die Kesb gleichzeitig das Kind dem mutmasslichen Täter in die Arme zu treiben versucht. Mutter und Tochter haben sich in Sicherheit gebracht.

Daniel Wahl

Was die achtjährige Nathalie (Name geändert) am 22. April gegenüber der Baselbieter Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) zuerst wild herausprudeln lässt – eine Befragung, die im Laufe der Zeit immer detaillierte Konturen gewinnt –, lässt den Atmen stocken: «Papa sagte mir, er will mich beim nächsten Besuch festbinden, mit dem Schwert umbringen und das Schnäbi innestecken». Er habe gedroht, sie zu töten, weil sie «nicht am Schnäbi suggelen» wollte.

Das Schulkind hat sich jenen Behörden anvertraut, die eine kindzentrierte Therapie durchführen sollten, nach Jahren, die von Bauchschmerzen, Suizidgedanken, Weinkrämpfen und Schulabsenzen begleitet waren, jeweils nach den Besuchen beim Vater. Hausärztlich dokumentiert und der Kesb bekannt. In diesem Gespräch vom 22. April hilft die KJP-Oberärztin, die Gedanken der Kleinen zu sortieren. Über 17 Minuten hinweg zeichnet Nathalie die Erlebnisse nach, von denen sie seit dem Kindergarten verfolgt wird: wie der Vater die Schafe auf der Weide vergewaltigt haben soll, wie er sich mit Exkrementen beschmierte und Satansrituale durchgeführt hat, wie er sie gefesselt, vaginal penetriert und jeweils immer wieder gedroht habe, sie «kaltzustellen», würde sie je etwas davon jemandem erzählen. Die in den Worten lauernde Gefahr hat das Kind verstanden, nicht aber, was «kaltstellen» wirklich bedeutet. Irgendwie «in den Kühlschrank stellen», erzählt sie «der Frau vom KJP».

Das Gespräch, das der BaZ in voller Länge vorliegt und in stark gekürzter Version freigegeben wurde, stammt von der zweiten Befragung, weil die zuständige

Ärztin vier Tage zuvor das erste Gespräch verpuscht hatte. Es ist nicht die einzige irritierende Handlung, die sich Baselbieter Experten der KJP unter Leitung von Chefärztin Brigitte Contin-Waldvogel geleistet haben.

Beweismittel vernichtet

Erst am Tag zwölf nach Aufzeichnung der brisanten Aussagen und der Intervention des Anwalts griff die KPD-Oberärztin in die Tasten, um weitere Behörden zu orientieren. In der Zwischenzeit hatte die zuständige Kesb Dorneck-Thierstein/Thal-Gäu (DTTG) mit unerbittlichem Drängen versucht, das Kind dem Vater weiterhin zuzuhalten. Die Kostengutsprache sei erfolgt, wurde die Mutter von der Kesb orientiert. In Panik, die Besuche würden jetzt polizeilich erzwungen, brachte sie sich mit ihrem Kind in Sicherheit.

Aber statt vordringlich die Staatsanwaltschaft über die Offizialdelikte zu informieren und den Justizbehörden die Videoaufnahmen zuzuhalten, orientiert die Oberärztin die Kesb und schickt dem Vater fatalerweise eine Kopie: Der Mann, der dem Kind gedroht haben soll, es umzubringen, wenn es auspacke, wird nun über Schilderungen «von schrecklichen Übergriffen des Kindsvaters auf Nathalie» offiziell orientiert. Die KJP hat es so dem Vater ermöglicht, allfällige Beweismittel wie Computerfestplatten und die mit Sperma besudelten Kinderfotos – wie es Nathalie erzählte – rechtzeitig zu vernichten. Umgekehrt aber will die KJP Nathalie und die Mutter vor dem mutmasslichen Täter «schützen» und schlägt der Kesb DTTG vor, die Opfer in ein Mutter-Kind-Heim zu verfrachten.

Für den ehemaligen Polizeikommandanten Markus Mohler, der die Aussagen des Kindes vor



Nathalie litt enorm unter den Besuchen beim Vater und reagierte mit Bauchschmerzen, Blasenentzündungen und Weinkrämpfen.

Das zuständige Fachpersonal hatte sich gegen weitere Kindsbesuche beim Vater ausgesprochen.

der KJP-Oberärztin einsehen konnte, sind das ungeheuerliche Vorgänge: «Allein aufgrund dessen, was man weiss, besteht Anlass, diesen Mann als triebgestört und pädophil einzuschätzen.» Es sei auch bekannt, dass solche Menschen andere Opfer zu angeln pflegen: «Deshalb ist es enorm wichtig, wegen des dringenden Verdachts schwerstwiegender Delikte beim mutmasslichen Täter umgehend das Haus zu durchsuchen und sämtliche elektronischen Geräte sicherzustellen», sagt Mohler.

Wegen der Indizien hatte die zuständige Solothurner Staatsanwaltschaft den Vater schon länger im Visier. Aber der Staatsanwalt wollte von seinem ursprünglichen Plan, das Kind «Corona-bedingt» erst am 16. Juni mit dem Vater zu konfrontieren, nicht abrücken. Nur widerwillig und auf Druck zahlreicher Personen von aussen forderte er schliesslich die Videoaufnahmen beim KJP ein, um erst am 13. Mai eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Mit einer Berichterstattung hat sich die BaZ zurückgehalten, um diese Beweismittelsicherung nicht zu vereiteln.

Für Markus Mohler ist klar, dass die Aussagen des Kindes authentisch sind. «Solche Schilderungen können nicht geframt werden», sagt Mohler. Gleiches sagt auch Psychiater und Präventionsexperte Werner Tschan, Fachmann für Traumafolgestörungen nach sexueller Gewalt.

«Es ist ausgeschlossen, dass Kinder in diesem Alter solche Erlebnisse in dem Detaillierungsgrad erfinden können», sagt er, nachdem er sich mit den Audioaufnahmen auseinandergesetzt hat. Dass die KJP Baselland den Vater informiert hat, die Staatsanwaltschaft aber nicht, hält er für unverzeihlich: «Im Kanton Baselland bin ich gesetzlich verpflichtet, die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen unverzüglich zu orientieren», sagt Tschan.

Die Leiterin der Klinik, Brigitte Contin, rechtfertigt die Orientierung des Vaters: «Wir müssen grundsätzlich neutral sein. Aber in hochstrittigen Trennungs- und Scheidungsfällen kann es vorkommen, dass wir zum Schutz des Kindes eine Fremdplatzierung oder ein Mutter-Kind-Heim empfehlen.»

KJP unter Druck der Kesb

Der Hintergrund zu diesem verstörend «neutralen» Vorgehen: Bereits früher wollte die Kesb DTTG der Kinderpsychiatrie den Therapieauftrag für Nathalie entziehen. Dies, weil sich das zuständige Fachpersonal gegen weitere Kindsbesuche beim Vater ausgesprochen hatte. Das passte der Kesb nicht. Man wollte nur gesinnungstreue Beistände und Experten einsetzen (die BaZ berichtete).

Zwischen der Mutter und der KJP ist das Vertrauen inzwischen zerbrochen: Gegen die Oberärztin und Klinikleiterin Contin sind Strafanzeigen wegen Verletzung von Amtspflichten eingereicht worden. Contin schreibt der Kesb DTTG denn auch: «Die Weiterführung einer Therapie ist aus unserer Sicht wegen massiver Enttäuschungen der Mutter und wegen Angriffen von Verbündeten auf unser Vorgehen nicht mehr sinnvoll.»

Cramers Departement muss das digitale Nirwana erklären

Interpellation Was ist an der Gewerbeschule computertechnisch schiefgegangen? GLP-Grossrätin Sandra Bothe verlangt Antworten.

Als die Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS) wie alle Bildungsinstitute in den verordneten Lockdown ging, waren nicht einmal die E-Mail-Adressen vorhanden: Schüler und Lehrer konnten über Tage bis Wochen nicht erreicht werden. Darüber hinaus verbot der AGS-Schuldirektor Hans-Rudolf Hartmann zunächst das Benutzen von Programmen für Videokonferenzen, die einen Fernunterricht überhaupt ermöglicht hätten.

Die Kommunikation und der Dokumentenaustausch sollten über das sogenannte Pädagogische Netzwerk der staatlichen Schule stattfinden. Doch diese Infrastruktur war derart ungenügend, dass der Druck für Direktor Hartmann so gross wurde, dass er schliesslich doch noch gängige Software wie Teams, Zoom oder Skype für Videokonferenzen zulassen musste. Er pochte aber auf Freiwilligkeit, was weder die Lehrer noch die Abschlussklassen wirklich motivieren konnte, ein Fernunterrichtsprogramm aufzubauen

oder daran teilzunehmen. Die Gewerbeschule stürzte sich ins digitale Nirwana.

Zukunftsgerichtete Lehrer beklagten sich bei der BaZ, dass in der Corona-Zeit lediglich ein Viertel der rund 3400 Schüler unterrichtet werden konnte. Schätzungen der Lehrer zufolge ermöglichten nur 80 von 280 Dozenten einen Fernunterricht.

Vorstoss im Grossen Rat

Das hat Bildungspolitiklerin und Grossrätin Sandra Bothe (GLP) aufgeschreckt. «Die Lernenden müssen fähig sein, sich die neuen Kompetenzen, die von ihnen im Arbeitsmarkt erwartet werden, anzueignen», schreibt sie in einer Interpellation an den Basler Regierungsrat. In ihrem Vorstoss erkundigt sie sich nach den Hintergründen des unsinnigen Videokonferenzverbots mit gängiger Software. Bothe will letztlich auch wissen: «Wie wird vom Erziehungsdepartement sichergestellt, dass die Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler optimal für den digita-

len Unterricht vorbereitet, begleitet und unterstützt werden, damit die Unterrichtsqualität an allen Schulen gleichermassen gewährleistet werden kann und wird?»

In ihren Recherchen ist die frisch eingestiegene Politikerin darauf gestossen, dass der Grosse Rat für die digitale Aufrüstung der Schulen unter der Schirmherrschaft des Departements von Regierungsrat Conradin Cramer bis Ende 2021 satte 4,75 Millionen Franken bereitgestellt hat. Die Lernenden der Gewerbeschule gingen aber offensichtlich «vergessen» beziehungsweise wurden nicht ins Budget miteinbezogen. Berücksichtigt wurden dafür Gymnasien, Fachmaturitätsschulen und die Wirtschaftsmittelschule. In der Folge sind die Lernenden im vergangenen Jahr auf den Semesterantritt aufgefordert worden, die Laptops selber mitzubringen – die Idee wurde unter dem Titel «bring your own device» (byod; bring dein eigenes Gerät) schmackhaft gemacht.



Im Hintertreffen: Im Lockdown konnte die Mehrheit der 3400 Lehrlinge an der Gewerbeschule in Basel nicht unterrichtet werden. Foto: Nicole Pont

Derweil unterliess es aber die Schule, genügend Steckdosen in den Schulzimmern zur Verfügung zu stellen. Statt die Möglichkeiten eines digitalen Unterrichts auszuschöpfen, verkamen die Studentcomputer höchstens zu elektronischen Notizheften. «Bis heute können an der AGS die wenigsten Studenten ihre Gruppenarbeiten oder ihr

Mindmap auf einen Beamer übertragen, damit die Ergebnisse im Schulzimmer projiziert und gemeinsam besprochen werden können», sagt ein Gewerbeschullehrer. Das sei peinlich, führt die Schule doch stolz das Motto «Wir alle machen im Arbeitsalltag den nächsten digitalen Schritt». Grossrätin Bothe kritisiert denn auch die Ungleichbehandlung

zwischen FMS und Gymnasium gegenüber den Lehrlingen: «Man kann nicht den dualen Bildungsweg proklamieren und nichts in die Gewerbeschule für die Lehrlinge investieren.» Warum die Gewerbeschule ausgenommen wird, will sie wissen.

«Wir arbeiten daran»

Unklar bleibt für die Politikerin auch, weshalb die Schule nicht mit dem digitalen Ausbau vorwärtsgemacht habe. «Wie wurde die Einführung von «bring your own device» technisch begleitet und überprüft, wie sind die bisherigen Erfahrungen damit aus Sicht der Lehrlinge, Lehrbetriebe und Lehrpersonen?», will Bothe wissen.

Intern will Hans-Rudolf Hartmann das digitale Nirwana ausloten: «Gewisse Herausforderungen sind noch immer nicht gelöst. Wir arbeiten daran und haben inzwischen bereits Projekte diesbezüglich aufgegleist», teilte er in einem Schreiben mit.

Daniel Wahl